König Wilhelm I. von Württemberg und der Krimkrieg.

Briefe aus dem Nachlaß des Frhrn. v. Hügel.

Mitgeteilt von

Ferdinand Koeppel.

Die folgenden vertraulichen Privatbriefe König Wilhelms I. an den Frhrn. v. Hügel, damaligen Gesandten in Wien und späteren Außenminister, wurden von mir anläßlich anderer Forschungen auf Schloß Hochberg am Neckar im Nachlaß des Empfängers aufgefunden. Sie zeigen den König als durchaus selbständigen Leiter der württembergischen Außenpolitik, die sich während des Krimkriegs infolge der engen verwandtschaftlichen Beziehungen zum russischen Hof in einer besonders schwierigen Lage befand. Die Briefe können als willkommene Ergänzung der Krusemarckschen Darstellung angesprochen werden [1]).

Zar Nikolaus wollte die Anfang der 50er Jahre allenthalben eingetretene politische Ruhe dazu benutzen, um die östliche Hälfte der Balkanhalbinsel unter seine Schutzherrschaft zu stellen und auf diese Weise die von ihm erhoffte Selbstauflösung der Türkei zu beschleunigen. Den etwas weit hergeholten Vorwand für eine Herausforderung der Pforte boten kleinliche Zänkereien zwischen griechischen und katholischen Mönchen über Gerechtsame an den Heiligen Stätten in Jerusalem. Der Zar, der sich aus hochpolitischen Gründen zum Schutzherren der gesamten griechisch-orthodoxen Kirche aufwarf, verlangte im Februar 1853 die Anerkennung des Rechtes der griechischen Kirche auf diese Erinnerungsstätten und einen förmlichen Vertrag über die Gewährleistung der Privilegien der griechischen Kirche in der Türkei: beides in schroffer Form. Als der Sultan ablehnte, erfolgte im Sommer trotz englisch-französischer Verstimmung der Einmarsch russischer Truppen in die Moldau und

1) Götz Krusemarck, Württemberg und der Krimkrieg. Im Hinblick auf diese sorgfältige Arbeit darf hier auf ausführlichere Zwischentexte verzichtet werden.

Walachei. Die europäischen Mächte versuchten besonders von Wien aus, als der nächstbeteiligten Residenz, zu vermitteln.

In diesem Augenblick, kurz nach erfolgtem Einmarsch, setzen die Königsbriefe ein. Das erste Schreiben stellt sich ohne Rückhalt neben den Zaren. Von Österreich, das anfangs mehr auf die Seite Rußlands zu neigen schien, verlangt er strikte Neutralität, um nicht die übrigen Mächte zum Schutze der Türkei auf den Plan zu rufen. Preußen erhält Stiche, ehe es nur seine Meinungen so recht kundgegeben hat. Allerdings stand dort der Liberalismus, aber auch einflußreiche konservative Kreise gegen Rußland, was Wilhelm ernstlich verstimmte.

Schlangenbad, d. 21. Juli 1853.

Mein lieber Geh. Legationsrat v. Hügel.

Ich sehe Mich veranlaßt, Ihre Depesche v. 16. d. M. selbst zu beantworten. Sie werden sich noch erinnern, daß Ich Sie gleich bei dem Anfang Ihrer Sendung nach Wien darauf aufmerksam gemacht habe, welche Folgen für die Ruhe von Europa eine Verwicklung der orientalischen Angelegenheiten haben könnte. Der Augenblick ist nun eingetreten und Ich säume nicht, Ihnen Meine Ansicht über diese Angelegenheiten nachstehend mitzuteilen. Meine Überzeugung ist, daß Deutschland durchaus kein Interesse hat, sich in diese Angelegenheiten zu mischen, daß Österreich aus Gründen der Politik und der Dankbarkeit durchaus neutral bleiben sollte. Was Preußen betrifft, so hat es kein direktes Interesse dabei, und nur durch die Unsicherheit seiner inneren Lage und seiner äußeren Verhältnisse getrieben, hat es eine Sucht sich wichtig zu machen, die aber meistens in Lächerlichkeiten ausartet. Mir scheint die Sendung des Grafen Leiningen und sein glücklicher Erfolg [2]), die sehr ungeschickt geführte Negoziation Frankreichs wegen des heiligen Grabes, sowie der zu nehmende Einfluß der revolutionären Propaganda in der Türkei, die Beweggründe des Kaisers Nikolaus zu seiner Politik gewesen zu sein. Der öffentliche Beweggrund, der Schutz von zwölf Millionen Christen anzusprechen, ist für Mich entscheidend, daher Meine Meinung in dieser Angelegenheit ganz für Rußland. Ich beauftrage Sie, dies Herrn v. Meyendorff [3]) in Meinem Namen zu erklären.

Ich hätte gewünscht, daß das russische Kabinett dem englischen Ministerium auf seine Erklärungen geantwortet hätte, da seine Einmischung in die Angelegenheiten der Lombardei, von Toskana, von Sizilien, die Abschaffung der Sklaverei im Namen des Christentums, dem Kaiser wohl eben diese Rechte in der Türkei einräumten. Übrigens habe Ich die Überzeugung, daß der Kaiser Nikolaus den Krieg nicht will und das englische Ministerium wegen seiner inneren Verhältnisse den Krieg nicht führen kann. — Was die Äußerungen

2) Feldmarschall-Leutnant Graf Christian von Leiningen wurde im Januar 1853 von der Wiener Regierung nach Konstantinopel entsandt, um den Sultan in einer montenegrinischen Streitfrage zum Nachgeben zu zwingen.

3) Der russische Gesandte in Wien, Schwager des österreichischen Außenministers Buol. — Der Brief kommt einer Aufmunterung Rußlands sehr nahe.

des Herrn v. d. Pfordten betrifft, so bedauere Ich sie sehr, Ich glaube aber, daß sie, sowie die in Deutschland verbreitete feindselige Stimmung gegen Rußland vorzüglich aus dem Grunde entstanden ist, weil man einen allgemeinen Krieg und dessen Folgen befürchtet hat.

Es ist Mir nie in den Sinn gekommen, nach Berlin zu reisen, weil Ich keinen Grund dazu hatte, aber desto mehr Abneigung wegen der so verwirrten und inkonsequenten Verhältnisse, die dort herrschen. Warum die Zeitungen Mich haben nach Berlin reisen lassen, ist Mir ganz unbekannt und ich sehe darin nur eine neue preußische Intrigue.

Die Frau Prinzessin von Preußen, die Ich in Baden gesehen habe, war diesmal auffallend höflich gegen Mich, im Gegensatz gegen die vorigen Jahre, wo sie das Gegenteil war. Von Meiner Seite habe Ich sie höflich, aber mit großer Freimütigkeit behandelt. Sowie Ich meine Badekur hier vollendet habe, werde Ich mit einem kurzen Umwege nach Friedrichshafen abgehen.

Im übrigen verbleibe Ich, mein lieber Geh. Leg.Rat v. Hügel,

Ihr gnädiger König

(Eigh.) Wilhelm.

Am 4. Oktober erklärte die Pforte Rußland den Krieg. Als am 30. November die türkische Flotte vernichtet wurde, liefen als erstes Warnungssignal die Geschwader Englands und Frankreichs ins Schwarze Meer ein (3. 1. 1854). Aus dieser Zeit stammt der zweite Brief an Hügel, in dem schon an dem österreichischen Willen zur Neutralität gezweifelt wird. Buol fürchtete nämlich weitergehende Forderungen Rußlands, die den österreichischen Balkaninteressen nachteilig werden könnten. Ausführlich verweilt König Wilhelm bei den von Frankreich drohenden Gefahren, ja er spricht von einer Bedrohung der Existenz. Wahrscheinlich sollte sich Hügel in Wien bemühen, Frankreich als üblen Bundesgenossen Österreichs hinzustellen.

Stuttgart, d. 12. Januar 1854.

Mein lieber Geh. Legationsrat v. Hügel.

Kammerherr von Varnbühler wird Ihnen diese Zeilen übergeben und Ich benütze diese Gelegenheit, um Mich über mehrere Gegenstände sicher aussprechen zu können. Was Sie Mir über den Gang des österreichischen Kabinetts in der Vermittlungsangelegenheit des russisch-orientalischen Kriegs berichten entspricht ganz Meinen Erwartungen. Ich war stets überzeugt, daß der Kaiser Franz Joseph seine Politik von der des Kaisers Nikolaus nicht trennen würde und daß, wenn — wie jetzt der Fall zu sein scheint — der Fall eintritt, daß die beiden Mächte Frankreich und England Rußland den Krieg erklären, der Kaiser eine strenge Neutralität einzuhalten suchen würde. In diesem Sinn hat er sich auch in München geäußert. Ob aber diese Neutralität durchzuführen sein wird, ist für Mich eine sehr zweifelhafte Sache.

Meine geheimen Nachrichten aus Paris sagen Mir, daß Louis Napoleon sich unausgesetzt mit geheimen Kriegsrüstungen beschäftigt. Auf dem Papier ist

folgendes festgesetzt und vom Kriegsminister ihm vorgelegt worden: Die Armee soll auf 600 000 Mann gebracht werden, wovon aber der Kriegsminister beinahe die Hälfte in Anspruch nimmt für Besetzung der festen Plätze, Besatzung von Paris, von Lyon und des südlichen Frankreichs, wo der revolutionäre Geist im höchsten Grade vorherrschen soll. Die Artillerie hat versprochen, in acht Tagen 400 Geschütze zu mobilisieren. Sie rühmt sich Vorräte zu haben für zwei Feldzüge. Die Gendarmerie soll 20 000 Pferde liefern und man hat mit Einwilligung der spanischen Regierung geheime Kontrakte abgeschlossen um 25 000 Pferde aus Spanien zu ziehen. Es sollen drei verschiedene Armeen gebildet werden: eine bei Metz an der Mosel, eine bei Straßburg am Rhein und eine gegen Italien am Varo. Dagegen ist die finanzielle Krisis sehr groß und man erwartet in industrieller und kommerzieller Hinsicht, wenn der Krieg ausbrechen sollte, den Untergang aller diesfälligen Unternehmungen.

Gleichwohl glaube ich nicht, daß Louis Napoleon sich durch diese finanziellen Verlegenheiten wird abhalten lassen, einen Krieg zu eröffnen, um Eroberungen zu machen. In dieser für uns sehr gefährlichen Lage ist es für uns von der größten Wichtigkeit, bei Zeit unterrichtet zu sein, welche Maßregeln das österreichische Kabinett ergreifen wird, um uns zu schützen, indem wir der Gefahr am ersten ausgesetzt sind. Sie werden also bei jeder Gelegenheit nicht nur bei dem Grafen Buol, sondern auch bei dem General Heß darauf dringen, daß wir so früh als möglich in Kenntnis gesetzt werden von den militärischen Projekten, von den Maßregeln, die zu ergreifen sind und auch von etwaigen Nachrichten, die man über die Pläne des Feindes hat. Gewiß werden sie hier mit der äußersten Diskretion behandelt werden, wie es schon unsere Lage gebietet. Aber unsere ganze Existenz steht auf dem Spiel, denn wenn Louis Napoleon einen Krieg anfängt, führt er ihn mit allen revolutionären Mitteln. Alle militärischen Nachrichten können Sie dem General Heß mitteilen. Im übrigen verlasse Ich Mich auf Ihre Klugheit und Ihren Eifer,

der Ich bin Ihr gnädiger König

(Eigh.) Wilhelm.

In den nächsten Wochen versuchte Wilhelm vergeblich die Mittelstaaten für ein russenfreundliches Vorgehen zu gewinnen. Besonders Pfordten leistete Widerstand mit der Begründung, daß die Solidarität der deutschen Mächte mit Österreich ein Grundaxiom seiner Politik sei.

Unterdessen hatten die deutschen Vormächte am 20. April 1854 einen Vertrag abgeschlossen, der die Kritik des Württemberger Königs hervorrief. Sie verbürgten sich nämlich ihren Besitzstand und versprachen sich gegenseitige Hilfe, falls sich eine der beiden Mächte gezwungen sähe, zum Schutz deutscher Belange zu den Waffen zu greifen. Ein Zusatzprotokoll besagte, daß eine Einverleibung der Donaufürstentümer durch Rußland den Kriegsfall darstellen würde. Die übrigen deutschen Staaten wurden etwas kategorisch zum Beitritt eingeladen. — Darüber verstimmt, näherten sich Wilhelm und Pfordten in ihren Überzeugungen. Beide

betonten, daß sich der Bund keinesfalls in einen Krieg verwickeln lassen dürfe. Wilhelm meinte sogar im Mai, das Einrücken der Russen in die Moldau sei voreilig gewesen.

Stuttgart, d. 9. Mai 1854.

Mein lieber Geh. Legationsrat v. Hügel.

Da wir in kurzer Zeit die Mitteilung des Vertrags zwischen Österreich und Preußen zu erwarten haben, so sehe Ich Mich veranlaßt, Ihnen diejenige persönliche Ansicht anzugeben, welche Mich in dieser Angelegenheit leitet. Diese unglaubliche Verwirrung der orientalischen Angelegenheit, die noch von unberechenbaren Folgen sein kann, scheint Mir durch die Fehler aller mithandelnden Kabinette herbeigeführt worden zu sein. — Die voreilige Besetzung der Fürstentümer durch Rußland, das ebenso unnötige Einlaufen der Flotten der Seemächte in das Schwarze Meer sind die Vorläufer aller nachfolgenden Fehlgriffe in die Politik. Wenn Österreich wirklich überzeugt war, daß sein Interesse durch diesen russisch-türkischen Krieg verletzt sei, so mußte es gleich von Anfang an ein Machtwort gegen Rußland sprechen und die Besetzung der Fürstentümer als einen casus belli erklären. Österreich hatte für diesen Fall das Beispiel Rußlands vor Augen, das im Jahre 1850 durch sein Machtwort den Krieg zwischen Österreich und Preußen verhinderte. Statt diesem hat sich das österreichische Kabinett von der Politik des englischen und französischen Kabinetts im Schlepptau nachführen lassen. Der Zusammentritt der Konferenz der vier Mächte war der zweite nicht zu entschuldigende Fehlgriff, ein alter abgenutzter Kunstgriff der Metternichschen Politik, für den die schon so sehr mißlungenen Konferenzen in der belgischen und griechischen Angelegenheit hätten ein warnendes Beispiel sein sollen.

England, Frankreich und Österreich, welche alle drei verschiedene Regierungsgrundsätze sowie verschiedene politische Interessen haben, sowie Preußen, das eigentlich gar kein Interesse bei der Sache zu vertreten hat, sollten über Krieg und Frieden zwischen Rußland und der Türkei entscheiden. Rußland erklärte, daß es keine Eroberungen machen wolle, aber auch nicht zugeben würde, daß andere Mächte zwischen ihm und der Türkei in den Friedensschluß sich mischen dürften. Nach dieser Erklärung hätte sich nun die Konferenz auflösen müssen, indem nun jeder Staat nach seinen politischen Interessen zu handeln hatte. — Da dieses nicht der Fall war, so muß nun auch das österreichische Kabinett die Folgen büßen, und der angebliche Zweck, den Frieden wieder herzustellen, ist nun allein gegen Rußland gerichtet, da Frankreich und England die Bundesgenossen der Türkei geworden sind. Österreich, das bisher der Bundesgenosse von Rußland war, scheint nun unter Vormundschaft von England und Frankreich der Bundesgenosse der Türkei werden zu wollen. Unter diesen Verhältnissen schließt es einen zweideutigen Vertrag mit Preußen ab und will nun vereint mit Preußen dem Deutschen Bund zumuten, diesem Vertrag beizutreten. — Ob Österreich ein Interesse dabei hat, gegen Rußland und die Türkei sich so zu benehmen, habe Ich kein Recht zu beurteilen, da es ein bloßes österreichisches Interesse betrifft; aber das Interesse des Deutschen Bundes ist ein ganz anderes. Wir haben durchaus keinen vernünftigen Grund, uns in diese

orientalischen Wirren einzulassen und es ist gegen unsere Pflicht, von unseren Ländern Menschen- und Geldopfer zu verlangen, da weder durch den Krieg noch durch den Frieden irgendein Nutzen für Deutschland daraus entstehen kann, um so mehr, da unsere inneren Verhältnisse es uns für diesen Augenblick mehr als jemals durchaus fordern, auf unsere Länder keine unnötigen Lasten zu wälzen. Wenn Österreich also es vorzieht, nur seiner österreichischen Politik zu folgen, so muß es billig sein und anerkennen, daß wir das Recht haben, um unserer deutschen Politik zu folgen.

Sie werden sich in diesem Sinn, mein lieber Geh. Leg.rat v. Hügel, bei vorkommender Gelegenheit auf eine kluge, bemessene, aber feste Art äußern und Mir darüber weiteren Bericht erstatten.

Im übrigen verbleibe Ich Ihr gnädiger König

(Eigh.) Wilhelm.

Anfang Juni forderte Österreich den Zaren auf, die Donaufürstentümer zu räumen. Rußland gehorchte.

Am 14. September 1854 landeten englisch-französische Truppen auf der Halbinsel Krim, Anfang Oktober begann die Belagerung der Festung Sebastopol.

Stuttgart, d. 18. Oktober 1854.

Mein lieber Staatsrat v. Hügel!

Durch die sichere Gelegenheit, welche Ihnen diesen Brief übergeben wird, kann Ich mich aufrichtig über unsere ebenso gefährliche als verwickelte politische Lage aussprechen. Die Politik Österreichs, welche immer weiter zu einer engen Verbindung mit Frankreich hinzu neigen scheint, bringt Süddeutschland in eine sehr gefährliche Lage. Merkwürdig ist die Kurzsichtigkeit Österreichs, das nicht einsehen will, daß jeden Vorteil, den ihm Frankreich an der Donau einräumen wird, Österreich mit einem Teil von Italien bezahlen muß. Dennoch hat sich der österreichische Gesandte hier nicht gescheut uns im Namen seiner Regierung zu erklären, daß sich Österreich ganz an Frankreich anschließen werde, um Deutschland zu zwingen, in seine Allianz zu treten. — Bei dieser Lage der Dinge ist es notwendig die Gesinnungen unserer Nachbarn aufzuklären. —

Bayern neigt sich bisher zu einer Allianz mit Österreich und Frankreich, gestützt vorzüglich auf die Ansichten des Herrn v. d. Pfordten, der seine Intriguen in den Jahren 1850 und 1851 gegen Preußen nicht vergessen kann. — Sachsen erklärt sich öffentlich gegen die Allianz mit Österreich und Ich muß dem Grafen Beust die Gerechtigkeit widerfahren lassen, daß seine Noten in echt staatsmännischem Geist geschrieben sind. Ob er aber im Augenblicke der Gefahr die notwendige Festigkeit beweisen wird lasse Ich dahingestellt. — Hannover, durch englischen Einfluß und Baden durch Franzosenfurcht sind ganz auf der Seite Österreichs. —

Preußen und seine Politik brauche Ich Ihnen nicht zu schildern. Bis jetzt hält es noch fest an seiner Neutralität. Auch Mein letzter Brief aus Berlin von Meinem Neffen, dem Prinzen Friedrich, gibt Mir die besten Versprechungen im Namen des Königs und des Barons Manteuffel. Bei allen diesen Aus-

sichten ist es doch rätlich, die Folgen zu untersuchen, wenn Preußen doch noch nachgeben sollte.

In diesem Fall bleibt uns nichts übrig, als uns an die beiden großen deutschen Mächte und das übrige Deutschland anzuschließen. Sollte aber Preußen, wie Ich es wünsche, fest bei seinem System verharren und eine bewaffnete Neutralität aufstellen müssen, so muß der Deutsche Bund ebenfalls seine ganze Armee zur Unterstützung der Neutralität aufstellen. In diesem Falle wäre es höchst wichtig, einen Bundesfeldherrn aufzustellen für diese rein deutsche Armee, der weder von Österreich noch von Preußen abhängig wäre, bloß im deutschen Interesse handeln würde. Der Hauptzweck dieses Bundesfeldherrn würde auf die Einwirkung eines ehrenvollen Friedens gerichtet sein müssen, aber auch die Neutralität fest gegen jeden zu vertreten, der sie zu gefährden willens wäre.

Bei dieser Gelegenheit bitte Ich Sie auch, den Fürsten Gortschakoff [4]) Meinen Dank auszudrücken für die vertrauliche und freundschaftliche Art, mit der er bis jetzt gegen Sie gehandelt hat. Auch lasse Ich seinem klugen Betragen volle Gerechtigkeit widerfahren, denn alle unsere Nachrichten sagen uns, daß Österreich alle Mittel aufsucht, um Rußland zum Krieg zu provozieren.

(Eigh.) (unleserlich)

Wilhelm.

Die Westmächte und Österreich hatten am 8. August als Friedensgrundlage vier Punkte aufgestellt: 1. Europäische Garantie für die Rechte der Donaufürstentümer an Stelle der bisherigen russischen Schutzherrschaft. 2. Freie Donauschiffahrt bis zur Mündung. 3. Revision des Vertrags von 1841 und damit Aufnahme der Türkei in das europäische Staatensystem. 4. Förderung und Stützung der türkischen Christen in einer Weise, die dem Souveränitätsrecht des Sultans keinen Abbruch tue. Am 28. November nahm Rußland, das sein zu Beginn des ganzen Konfliktes als peinlich empfundenes Verhalten schon stark revidiert hatte, diese Bedingungen an. Gestützt auf die deutsche Stimmung verlangte aber Österreich trotzdem die Mobilisierung des preußischen Heeres, weil russische Angriffe zu befürchten seien.

Stuttgart, d. 7. Dezember 1854.

Mein lieber Staatsrat v. Hügel!

Seit dem unseligen Jahr von 1848, wo die Nachricht einer ebenso plötzlichen als unheilvollen Revolution in Paris uns überraschte, hat Mich keine Nachricht so sehr erschüttert als die von Ihnen hinterbrachte eines Allianztraktates zwischen dem österreichischen Kaiserreich und den beiden Westmächten. In dem Augenblick, wo das österreichische Kabinet das preußische zur Unterzeichnung eines neuen Zusatzartikels vermocht hatte, wo der Deutsche Bund im Begriff steht, diesen Verabredungen beizupflichten und dabei

---

4) Gortschakoff, der spätere russische Außenminister, hatte in den vierziger Jahren die Vermählung des württembergischen Kronprinzen mit der Großfürstin Olga eingeleitet, und war jetzt Gesandter in Wien.

das Opfer bringt, seine Rechte und Interessen für den Augenblick aufzugeben und dadurch Österreich in seinen Friedensunterhandlungen mit Rußland zu bestärken, in dem Augenblick, wo Rußland das Opfer bringt, die vier Punkte zu den Friedensbedingungen selbst in formeller Hinsicht nach dem Wunsche Österreichs anzunehmen, unter solchen Tatsachen schließt Österreich auf geheime Weise einen Allianzvertrag mit den Westmächten. Es überrascht dadurch Preußen und den Deutschen Bund, noch mehr aber Rußland selbst. Es verändert dadurch die ganze politische Lage und wird sich dadurch das allgemeine Mißtrauen in seinen Absichten von ganz Deutschland zuziehen.

Wenn der beschlossene Allianztraktat politische Folgen haben soll so können es nur zweierlei sein, entweder den Krieg mit Rußland sogleich anzufangen oder bei den Friedensunterhandlungen im Verein mit den Westmächten solche Friedensbedingungen vorzuschreiben, die Rußland nicht wird annehmen können. — Wie Mir bekannt ist hat es den Grafen Nesselrode die größte Mühe gekostet, den Kaiser Nikolaus zur Annahme der vier Punkte zu bewegen. Welchen Eindruck muß nun, auf diese Nachgiebigkeit die Abschließung dieses neuen Allianztraktats bewirken! Preußen und der Deutsche Bund gingen bei dem Zutritt zu dem österreichischen Bündnis von der sicheren Absicht aus, die Friedensunterhandlungen zu erleichtern und Österreich in diesem Sinn zu kräftigen; wie bitter sehen wir uns nun alle getäuscht in unseren Friedenshoffnungen und dem ungemessenen politischen Ehrgeiz von England und Frankreich bloßgegeben ohne irgend eine Garantie von Österreich dagegen zu erhalten. Es wäre wohl überflüssig, über einen solchen politischen Gang des österreichischen Kabinetts weitere Bemerkungen zu machen; die Tatsachen sprechen durch sich selbst, die Zukunft muß uns lehren, ob ein getäuschtes Vertrauen und so bittere Erfahrungen nicht ebenso bittere Früchte erzeugen werden. Für uns bleibt nichts übrig als mit Ruhe und Festigkeit die Folgen des neuen Allianztraktats zu erwarten; mögen sie nicht zu bitterer Reue führen. — Teilen Sie dieses dem Fürsten Gortschakoff mit, selbst Meiner aufrichtigen Teilnahme an seine sehr unangenehmen Stellung. — Mögen nun auch die Würfel in der Zukunft fallen wie sie wollen so wird man ihm stets das Zeugnis geben müssen, daß er fest und aufrichtig an der Wiederherstellung des europäischen Friedens gearbeitet hat.

Im übrigen verbleibe Ich, mein lieber Staatsrat v. Hügel,

Ihr gnädiger König

(Eigh.) Wilhelm.

Der letzte Brief, während der langwierigen Belagerung Sebastopols geschrieben, läßt erkennen, daß der König es aufgegeben hat, gegen den reißenden Strom zu schwimmen und sich deutlich Frankreich wieder zu nähern sucht.

Stuttgart, d. 6. Juni 1855.

Mein lieber Staatsrat v. Hügel!

Ich benutze die sichere Gelegenheit der Reise Ihres Bruders nach Sachsen, um Ihren letzten Brief zu beantworten. Das Zeitungsgerücht, das Sie in Ihrem Berichte berühren, daß Ich nach Paris gehen würde, um die Ausstellung

dort zu sehen, ist ohne Mein Wissen und Willen verbreitet worden; sehr wichtige Gründe verhinderten Mich bisher, diesem Gerüchte bisher offiziell zu widersprechen, da wegen der Nähe Meines Landes an Frankreich und der gespannten politischen Verhältnisse Ich nichts tun will, was die Verhältnisse weiter trüben könnte. Sie werden das weitere aus beiliegender letzten Depesche von Meinem Gesandten in Paris ersehen. — So fest Ich an der Friedenspartei in Deutschland hänge, so sehr habe Ich bisher gesucht, die persönlichen Verhältnisse mit dem Kaiser der Franzosen auf einem persönlich zuvorkommenden Fuß zu erhalten; wenn man Sie also in Wien weiter darüber befragt, so können Sie mit Bestimmtheit versichern, daß bis jetzt über die Reise nichts bestimmt ist. —

Was die allgemeine Politik betrifft, so weiß Ich aus sicherer Quelle, daß Rußland für einen ehrenvollen Frieden sehr geneigt ist, daß es aber in die Friedensliebe des Grafen Buol kein Vertrauen setzt. Die Westmächte scheinen nach Meinen Nachrichten ebenso an der Grenze des Vertrauens auf die Politik des Grafen Buol zu sein; aus diesem würde erhellen, daß das österreichische Kabinett bei den kriegführenden Mächten nur allseitiges Mißtrauen gesät hat, solange aber der Kaiser den Grafen Buol in seiner Stelle erhält so ist immer zu fürchten, daß Österreich sich doch nach dem Bündnis der Westmächte zuwendet, denn Graf Buol muß die Stimmung gegen ihn in Petersburg genau kennen. Graf Buol hat auch in Deutschland es dahin gebracht, daß alles mit Mißtrauen auf die österreichische Politik hinsieht. Was soll nun daraus werden? Es ist und bleibt eine Verkehrung aller natürlichen Verhältnisse und dies muß sehr schlimme Folgen haben. — Ich erwarte meine Kinder aus Rußland am 10. ds. hier eintreffen zu sehen und erwarte dann weitere Aufschlüsse über den Gang der Politik des Petersburger Kabinetts. —

Im übrigen verbleibe Ich Ihr gnädiger König

(Eigh.) Wilhelm.